

Die Bezahlkarte für Asylbewerber – ein föderales Lehrstück

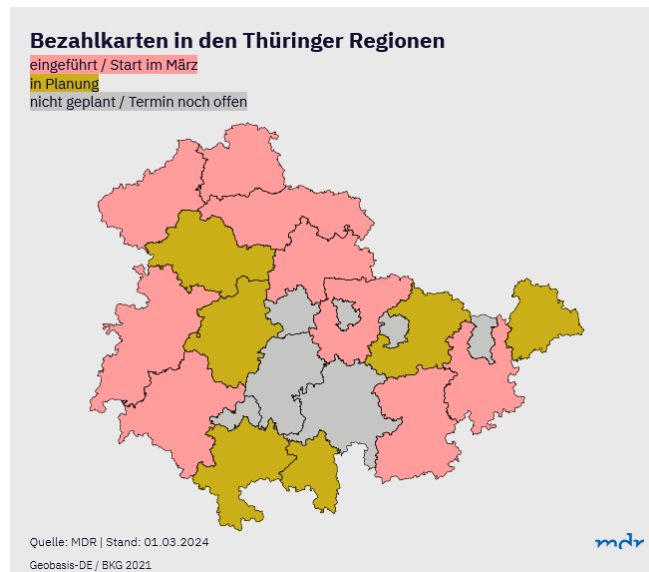
Über kaum ein Thema ist in den letzten Wochen so gestritten worden, wie über die Bezahlkarte. Zunächst stand die Ziel- nun steht die Umsetzung im Vordergrund. Dabei ist die Karte keine neue Idee¹ – Berlin hatte sie 1998 in vier Bezirken eingeführt, musste das Projekt aber aus technischen, aber auch aus praktischen Gründen (in längst nicht allen Geschäften wurde sie akzeptiert) zuletzt 2007 aufgeben. Ein zweiter Anlauf startete im Landkreis Erding 2016 („Kommunalpass“) musste aber – Ironie des Schicksals – auf Grund der Wirecard-Insolvenz beendet werden.

Nun also auf ein Neues: Zunächst schien es so, als solle die Bezahlkarte bundesweit eingeführt werden. Doch der Bund hat sich inzwischen als verantwortlicher Akteur verabschiedet; er will nur noch die grundlegenden Standards für die Ausgestaltung der Karte festlegen. Im Weiteren seien die Länder für die Umsetzung verantwortlich. Doch nicht alle Länder ziehen am gleichen Strang: 14 Länder haben sich darauf geeinigt, gemeinsam einen Dienstleister zu suchen und dafür eine – natürlich europaweite – Ausschreibung in die Wege zu leiten. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern wollen eine eigene Ausschreibung starten. Die ersten Flicker im Teppichmuster werden also schon sichtbar – die Grundsteuerreform, das Dienstrecht oder das Online-Zugangsgesetz lassen grüßen.

Ein Blick nach Thüringen zeigt², dass inzwischen weitere Flicker existieren. Verschiedene Landkreise haben bereits die Bezahlkarte eingeführt bzw. starten damit in Kürze. Ein Schelm, wer da an kommende Wahlen denkt. Aber – hier kommt die kommunale Selbstverwaltung ins Spiel – die Karten sind keineswegs alle gleich. Ob diese an die Standards, die der Bund setzen will, angepasst werden können, ist allerdings fraglich. Auch Hamburg gibt bereits seit Februar Bezahlkarten aus, will sich aber an der gemeinsamen Ausschreibung der 14 Länder beteiligen.

¹ Zur Historie: „Eine Idee aus den 90ern“, Beitrag von Anna Biselli vom 25.1.2024, <https://netzpolitik.org/2024/bezahlkarten-fuer-gefluechtete-eine-idee-aus-den-90ern/>

² MDR, „Bezahlkarte für Asylbewerber: Diese Thüringer Landkreise führen die Karte ein“, Beitrag vom 1.3.2024, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/bezahlkarte-asylbewerber-100.html>



Doch der Flickenteppich dürfte sich noch weiter ausdehnen. Nordrhein-Westfalen hat angekündigt, die Landkreise und die kreisfreien Städte nicht zur Einführung der Bezahlkarte verpflichten zu wollen. Was wie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung aussieht, ist nur der lange Schatten des Konnexitätsprinzips. Würde das Land die Karte zur Verpflichtung machen, kämen die kommunalen Spitzenverbände sicher rasch auf den Gedanken, für die Kosten einen Ausgleich vom Land zu fordern. So teilte die Staatskanzlei denn auch mit, „die Städte und Gemeinden (müssten) die Kosten für die Bezahlkarte selbst übernehmen.“³ Dass es – wie in Thüringen – zu abweichenden Regelungen zwischen den einzelnen Kommunen kommt, ist zumindest nicht unwahrscheinlich. Sicher ist hingegen, dass dann in jedem Stadtrat und in jedem Kreistag über die Bezahlkarte debattiert werden wird – sehr zur Freude bestimmter politischer Gruppierungen.

Doch was soll die Bezahlkarte denn eigentlich bewirken? Gerne wird das Argument benutzt, dadurch sinke der Verwaltungsaufwand in den Kommunen. Daran glaubt aber auch die Landesregierung in Düsseldorf wohl nicht; denn sonst hätte sie argumentiert, die Kosten der Einführung und Nutzung der Karte würden sich bald amortisieren. Ein Blick auf die möglichen Ausgestaltungen im Detail zeigt, dass der Aufwand in den Ämtern beträchtlich sein wird, zumal auch der Dienstleister eine Transaktionsgebühr erwarten wird.

Der eigentliche Grund dürfte sein, den (vermuteten) Anreiz zu schmälern, in Deutschland Sozialtransfers zu erhalten. Dies wird – wissenschaftlich verklausuriert – als „pull-Faktor“ bezeichnet. Dabei ist es heute üblich, nicht so sehr auf die eigene Versorgung der Bezieher abzuheben, sondern sich vielmehr auf die mögliche Verwendung der Gelder zu konzentrieren. So erklärt die Landrätin aus Schmalkalden-Meiningen: „Es geht für uns vor allem darum, sicherzustellen, dass so wenig wie möglich Bargeld zweckentfremdet werden kann und dass das Geld, das wir auszahlen, auch bei uns in der Region ausgegeben wird.“⁴

³ WDR, „Bezahlkarte für Asylbewerber kommt wohl nicht flächendeckend“, Beitrag vom 5.2.2024, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/bezahlkarte-asyl-100.html>

⁴ MDR, Fußnote 2

Allerdings geht es nicht vorrangig – wie man den Worten entnehmen könnte – um regionale Wirtschaftsförderung. Als Zweckentfremdung werden insbesondere Transfers ins Heimatland genannt, die – so die Annahme – direkt an Schleuser oder an Verwandte/Freunde gehen, die damit Schleuserdienste bezahlen können. Ob und in welchem Umfang solche Transfers aber nicht auch dazu dienen können, anderen in der Heimat ein besseres Leben zu ermöglichen und damit Migration zu verhindern (erinnert sei an die „Gastarbeiterüberweisungen“ früherer Jahre, die ein beachtlicher Posten in der Zahlungsbilanz waren), sollte zumindest nicht aus den Augen verloren werden.

Ob die Reduzierung der Bargeldausgabe auch dazu führt, dass Asylsuchende wieder freiwillig zurückkehren (ohne dass ihnen eine Ausreiseprämie aus dem Rückkehrprogramm „Starthilfe plus“ gezahlt wird), lässt sich auf Grund der wenigen Fälle, die aus Thüringen berichtet werden, bisher verlässlich nicht belegen.⁵

Unabhängig davon, was man von der Bezahlkarte hält, und ob sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann, bleibt die Umsetzung ein föderales Trauerspiel. Niemand sollte sich wundern, wenn die Betroffenen nach Wegen suchen werden, wie sie auf diesem „Flickenteppich“ bestmöglich zurechtkommen. Das wäre bei einer bundeseinheitlichen Regelung nicht der Fall gewesen. Am Ende sollen die Kommunen „ausbaden“, was vor allem der Bund (aber nicht nur der) versäumt hat.

März 2024

⁵ MDR, „Erste Erfahrungen mit der Bezahlkarte für Asylbewerber“, Beitrag vom 2.2.2024, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/bezahlkarte-fluechtlinge-erfahrungen-thueringen-100.html>